

März 2019

**Notizen von Frühjahrstagung
der 15. Landessynode, 21. – 23. März 2019
im Hospitalhof Stuttgart**

**mit der Bitte um Weiterleitung
an die Bezirkssynodalen und Kirchengemeinderäte**

**Segnung im öffentlichen Gottesdienst mit knapper Mehrheit beschlossen –
Trauung abgelehnt**

Nach zähem Ringen hat die Landeskirche eine kleine Öffnung für die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare beschlossen. Eine knappe Zweidrittelmehrheit hat zugestimmt. Für die Synodalen der Offenen Kirche war es eine sehr schwierige Gewissensentscheidung. Sie betonen im Plenum, wie weit die Offene Kirche sich von ihren ursprünglichen Zielen entfernt habe. Sie sei deutlich an die Schmerzgrenze gegangen.

Daher werden Änderungen in der Gesetzesvorlage des OKR beantragt: Die Gemeinden sollen ein definiertes Antragsrecht haben, die Quoren in KGR und der Pfarrerschaft sollen nicht 3/4 sondern 2/3 sein, außerdem solle dezidiert von Traugottesdiensten die Rede sein. Alle drei Anträge lehnt die Mehrheit der Synode ab, auch „Evangelium und Kirche“ und „Kirche für morgen“ sieht sich nicht in der Lage zuzustimmen.

Angesichts dessen ringen die Synodalen der Offenen Kirche darum, wie sie sich zum vorliegenden Gesetzentwurf stellen. Ein Teil der OK-Synodalen signalisiert trotz allem und mit großen Bedenken Zustimmung zum vorliegenden Entwurf. Ihr Anliegen ist, wenigstens als kleinen ersten Schritt eine Öffnung zu beschließen. Andere sehen durch die hohen Hürden wie die Begrenzung auf 25% der Gemeinden, die 3/4-Mehrheit und vor allem die fehlende Trauung die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare in einer Weise festgeschrieben, dass für sie eine Zustimmung nicht möglich ist.

Europa ist unser Thema! Europa fängt bei uns an!

Ein klares Bekenntnis zu Europa formulierte Landesbischof Frank O. July. Er ruft zur Teilnahme an der Europawahl auf. „Setzen Sie Ihre Stimme zur Stärkung Europas ein.“ Die Kirchen und ihre Netzwerke müssen das Friedensprojekt Europa unterstützen. „Die Kirche bildet eine universale Gemeinschaft. Wo Menschen einander entfremdet, aus der Gemeinschaft vertrieben oder ihnen gar aufgrund ihrer Identität Gewalt angetan wird, verstoßen wir gegen alles, was Christus uns geschenkt, gelehrt und aufgetragen hat.“ Er fordert die Kirchengemeinden auf, sich für Versöhnung und den Einsatz für Menschenrechte, Minderheitenschutz und Rechtstaatlichkeit und den Abbau von Rassismus in all seinen Erscheinungsformen (Antisemitismus, Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit) einzusetzen. Die EU kann sich allerdings nur dann im vollen Sinne als Friedens- und Versöhnungsprojekt verstehen, so lange sie diesen Auftrag auch im Blick auf ihre Beziehung zur übrigen Welt versteht.

July stellt sich an die Seite der evang. Minderheitskirche in Österreich, nachdem in Österreich der Karfreitag wird als Feiertag aufgehoben wurde. Hier sei die Solidarität aller Christinnen und Christen in ökumenischer Verbundenheit gefragt. Die Landessynode verabschiedet einen Aufruf zur Europawahl, der zusammen mit den anderen drei Kirchen in Baden-Württemberg veröffentlicht werden soll. Die Wahlberechtigten die Wählerinnen und Wähler zur Teilnahme an der Europawahl aufrufen. Bericht siehe:

https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Wir/Synode/2019/01_Fruehjahrstagung/Berichte_und_Reden/TOP_1_-_Bischofsbericht_-_Landesbischof_July.pdf

Im Namen der OK sieht Harald Kretschmer die Kirchen nur begrenzt geeignet, bei der Rettung des Friedensprojekts Europa eine führende Rolle zu übernehmen. Der Vertrauensverlust der Kirchen stehe der Evangeliumsbotschaft im Weg.

Nach Bonhoeffer ist Friede immer ein Wagnis. Friede sei aber das Gegenteil von Sicherheit. Sicherheiten fordern, heißt Misstrauen haben. Dies läge quer zur politischen Wirklichkeit und ebenso quer zur dem, „was wir nur allzu oft von den organisierten Kirchen hörten“. Kirche und Synode müssten konsequent dem Leitbild des „Gerechten Friedens“ folgen. Die große Lücke zwischen dem theologischen Friedensanspruch und der friedenspolitischen Praxis der Kirchen ist theologisch unglaublich und politisch unverantwortlich.

Für die Offene Kirche ist die Zunahme des Antisemitismus in Europa und Deutschland als zutiefst verstörend. Selbstverständlich trete die OK für das Existenzrecht des Staates Israel ein. Allerdings müsse zwischen Antisemitismus und der Kritik an der (Palästina-)Politik des Staates Israel klar differenziert werden. Kretschmer sprach der Evang. Akademie in Bad Boll seine Hochachtung für die faire Durchführung der Tagung „Zur Krise der Dialogfähigkeit im Israel-Palästina-Konflikt“ aus. Die Kritik von Oberkirchenrat und Landesbischof wies er zurück.

An Amospreisträger Pfarrer Rainer Schmid erinnert Waltraud Bretzger. Unbequem setze er sich für den Frieden ein und lege seinen Finger auf die Aktivitäten des Unfriedens und der Rüstungsindustrie in Württemberg auf. Bretzger fordert wie Schmid die Verleihung der weißen Taube als Zeichen für Gemeinden, die sich für den Frieden einsetzen.



OK-Synodale Angelika Klingel und Anita Gröh
(mit Tabea Dölker, LG)

Christiane Mörk stellt die Aktion des Diakonischen Werkes „Platz für Asyl in Europa“ vor. Mehr als 600 Stühle werden bemalt und gestaltet und am 15. Mai auf dem Stuttgarter Marktplatz als Symbole für das Willkommen für Geflüchtete ausgestellt. Aleida Assmann, „Der europäische Traum“. Diesen Literaturtipp gibt Jutta Henrich weiter. Bei allen Hinweisen auf die Wurzeln der europäischen Kultur will Henrich auch den aufklärerischen Beitrag der muslimischen Geistesgeschichte kennenlernen.

Anfeindungen gegen Ehrenamtliche und Hauptamtliche in der Flüchtlingsarbeit nehmen zu, so Angelika Herrmann. Die Stimmung sei in vielen Bereichen gekippt. Sie dankt für das Engagement, Kirche muss sich hinter diese Menschen stellen. Da Fluchtursachen auch am Klimawandel zu suchen sind, liegt der Handlungsbedarf in erster Linie bei uns.

Europäische Partnerschaften spricht Hellger Koepff an, diese müssten allerdings neugestaltet werden. Alle vor Ort müssen sich in engem Schulterschluss mit vielen anderen zivilgesell-

schaftlichen Akteuren für Europa einsetzen.

Martin Plümicke verweist auf die europakritischen Stimmen in den osteuropäischen Ländern in die EU und fragt nach den Gründen. Europa dürfe nicht nur eine Wirtschaftsunion bleiben, sondern müsse eine Sozialunion werden.

Kirche – Kunst – Kultur

Robby Höschele trägt den 1. Kulturbericht des Kulturrats der Ev. Landeskirche in Württemberg vor und wirbt für die kulturelle Gestaltungsfreiheit der Kirche in den Bereichen Musik, bildende Kunst und Theater. Der Dialog mit den Kulturschaffenden müsse dringend verstetigt werden. Er hält ein Kulturbüro mit einer oder einem Kulturbeauftragten für unabdingbar. Das Büro müsse finanziell gut ausgestattet sein, um die Beziehungen zur kirchlichen und nichtkirchlichen Kulturarbeit zu gestalten. Zukunftsweisend könnte ein gemeinsames Kulturbüro mit der badischen Landeskirche sein. Der ausführliche Bericht, der viele Bereiche thematisiert, ist hier zugänglich:

[https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Wir/Synode/2019/01_Fruhjahrstagung/Beilagen/TOP_2 - Beilage 88 - 1. Kulturbericht.pdf](https://www.elk-wue.de/fileadmin/Downloads/Wir/Synode/2019/01_Fruhjahrstagung/Beilagen/TOP_2_-_Beilage_88_-_1._Kulturbericht.pdf)

Christiane Mörk vermisst die Ausbildung in kultureller Kompetenz für die verschiedenen kirchliche Mitarbeitende. Kunst sei ein Wesensmerkmal von Kirche.

Elke Dangelmaier-Vinçon berichtet von dem Ludwigsburger Projekt eines offenen Raums im neu renovierten Dekanatsgebäude „Markt8“ unter dem Motto „Raum, der Raum gibt“.



Robby Höschele

Fridays for future – Aktuelle Stunde

In der aktuellen Stunde reagiert die Landessynode auf die Demonstrationen der Schülerinnen und Schüler.

Nachdem Vertreter anderer Gesprächskreise in erster Linie darüber reden, wie Kinder und Jugendliche in der Kirche Raum finden, kritisiert Elke Dangelmaier-Vinçon diese Verzweckung der Schülerproteste anstatt deren ökologische Anliegen ernst zu nehmen.

Angelika Herrmann findet klasse, wie sich die Jugendlichen für das Klima einsetzen. Die Landessynode hätte sich anstelle der aktuellen Stunde der Demonstration anschließen sollen.

Sie kritisiert Inkonsequenz der Synode hinsichtlich Papierflut und Plastikverpackungen.

Kerstin Vogel-Hinrichs dankt Greta und den Jugendlichen. Sie rütteln uns wach. Der Einsatz für den Umweltschutz ist nicht nice to have. Sie kritisiert den Fleischkonsum im kirchlichen Bereich. Die Bewahrung der Schöpfung kostet Zeit und Geld, das aber muss die Kirche einbringen. Alles andere ist später viel teurer.

Martina Klärle würdigt das Engagement der vielen jungen Menschen. Klimaschutz ist Teil der Bewahrung der Schöpfung. Nachdem die kirchlichen Klimaziele 2015 ausgelaufen sind, muss diese Synode sie noch fortschreiben.

Robby Höschele zeigt sich beeindruckt, wie sich die Jugendlichen aus starkem Zukunftsinteresse in Themen einarbeiten. So gelingt Bildung.

Vor der Vereinnahmung der Jugendlichen durch Politik und Kirche warnt Brigitte Lösch. Die Jugendlichen wissen, dass sie die letzte Generation sind, die den Klimawandel noch stoppen kann.



Ulrike Sämman

Treibhausgasemissionen der Synodalarbeit sollen kompensiert werden

Die Landessynode wird ab dem Haushaltsjahr 2019 jährlich die von ihr verursachten Treibhausgasemissionen mit 3 000 € ausgleichen. Dieser Betrag soll etwa für Aufforstungsprojekte in der „Einen Welt“ verwendet werden. Die Initiative ging von der OK-Synodalen Ruth Bauer aus.

Neues Gebäude für den Oberkirchenrat

Die Landessynode gibt grundsätzlich grünes Licht für einen Neubau des maroden OKR-Gebäudes. Ein hoher ökologischer Standard soll realisiert werden. Der vorgelegte Entwurf wurde von der Synode breit begrüßt. Es wird mit rund 60 bis 65 Millionen Euro gerechnet.

Nachtragshaushalt

Ein Nachtragshaushalt sichert vor allem die Planungen des neuen OKR-Gebäudes.

Mittel für KGR-Klausuren bereitgestellt

Nach den guten Erfahrungen im Reformationsjahr werden für das Jahr 2020 zwei Millionen € bereitgestellt. Die neuen Gremien können damit in Klausuren die geistliche Dimension der KGR-Arbeit vertiefen.

Neue Gemeindeformen

Ein Gesetz soll neue Personalgemeinden in den Kirchenbezirken ermöglichen. Die Idee ist, denen, die in klassischen Gemeinden nicht zuhause sind, eine geistliche Heimat zu geben. Die Synodalen der OK sehen diese Entwicklung überwiegend kritisch. Möglicherweise könnten zwar neue Spielräume auch für die Kultur- und Kunstarbeit entstehen. Auf's Ganze aber dürften die bestehenden Gemeinden finanziell und personell geschwächt werden, in denen es ja auch die unterschiedlichsten Aufbrüche gibt. Neue Strukturen sind aus Sicht Mehrheit der OK nicht erforderlich. Der Entwurf wurde in die Ausschüsse verwiesen.

Landeskirche tritt der Aktion „Rotlicht aus“ bei

Prostitution ist Verletzung der Menschenwürde, sagt Angelika Klingel. Da „Rotlicht aus“ für ein Sexkaufverbot eintritt, begrüßt sie den Beitritt der Landeskirche zu dieser Aktion.

Kirche und Landespolitik in gutem Verhältnis

Kirchenrat Volker Steinbrecher, Beauftragter bei Landtag und Landesregierung, berichtet von guter Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und der Landesregierung. Im Verhältnis zur AfD haben die Kirchen festgelegt, dass bei hohen landeskirchlichen Veranstaltungen, die keinen gottesdienstlichen Charakter haben, einzelne AfD Abgeordnete aufgrund ihres Auftretens und ihrer politischen Haltung nicht eingeladen werden. Zur AfD Fraktion werden keine formellen Kontakte unterhalten, der Beauftragte beim Land steht aber für Seelsorge zur Verfügung.

In Zeiten des Populismus und angesichts der gut 30 % der Deutschen, die populistisch eingestellt sind, sieht Steinbrecher in Seelsorge und Besuchsdienstarbeit, in Gottesdienst und Kasualien die wichtigsten Tätigkeitsfelder gegen Vereinsamung, Angst und Neid. Kirche hat die Aufgabe, für den Zusammenhalt der Menschen einzutreten. Die Liebe Christi bewegt die Welt zu Versöhnung und Einheit.

Brigitte Lösch als Mitglied des Landtags dankt für Steinbrechers seelsorgerliche Arbeit. Auf seine Initiative sei ein Raum der Stille eingerichtet worden. Lösch kritisiert die Verrohung der Sprache durch die AfD im Landtag. Kirche müsse ihren Beitrag in der Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung leisten.

OK-Anträge

Martin Plümicke beantragt, die Personalplanung für den Pfarrdienst so anzupassen, dass die Reduzierung ab dem Jahr 2030 zunächst nicht erfolgt.

Carola Hoffmann-Richter beantragt eine Kontakt- und Beratungsstelle für „Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen aus Südosteuropa“.

Bericht: Hellger Koepff, Biberach

Alle Informationen über die Frühjahrssynode finden Sie unter dem folgenden Link:

<https://www.elk-wue.de/wir/landessynode/sitzungen-der-landessynode/fruehjahrstagung-2019/>